Wir trauern nicht, wir rebellieren – Proteste gegen Gewalt an Frauen in der Türkei

Die Leiche der jungen alevitischen Kurdin Özgecan Aslan wurde am Mittwoch in einem Fluss in Mersin gefunden, einer Stadt im Südosten der Türkei. Sie wurde zu erst erstochen, dann verbrannt, weil sie sich gegen einen Vergewaltiger wehren wollte. Der Haupttäter ist zwar verschwunden, aber einige Männer aus seiner Familie, die an der Tat beteiligt waren, haben bereits gestanden. Sie kommen wohl aus dem Umfeld der faschistischen Bozkurt, der Grauen Wölfe. Auf Facebook hatten sie angekündigt, sie werden nun eine türkische Serie schauen, deren Plot damit beginnt, dass eine junge Frau vergewaltigt wird, jedoch wird diese Sendung schon seit langem nicht mehr im Fernsehen ausgestrahlt. Özgecan war auf dem Weg nach Hause und saß als letzte im Kleinbus, als der Fahrer sie angriff. Auf Grund ihrer Herkunft war sie in der Türkei ohnehin schon sozial benachteiligt, doch an dieser Stelle möchten wir darauf eingehen, wieso diese brutale Gewalt gegen Frauen in der Türkei kein Einzelfall ist und wieso sie seit der Regierung der AKP rasant zunimmt, allein zwischen 2002 und 2009 um 1400 Prozent.

Die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi – Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) ist eine konservativ-islamistische Partei, die seit 2002 die Türkei regiert. Ihre Politik gegen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, gegen Nicht-Muslime und gegen ethnische Minderheiten wird autoritär durchgesetzt, wobei sie großen Rückhalt von der stark religiösen und wirtschaftlich-rückständigen Landbevölkerung bekommt. Der ehemalige Bürgermeister von Istanbul und heutige Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, saß 10 Monate im Gefängnis, weil er vor den Wahlen verkündete „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Seit seine Partei

an der Regierung ist, hat sich die Rhetorik noch verschärft. Seitdem Frauen auch nach bezahlter Arbeit suchen, würde die Arbeitslosigkeit steigen. Stattdessen sollten sie lieber zu Hause bleiben, schließlich gäbe es im Haushalt und mit den Kindern genug zu tun. Laut Erdogan solle jede Frau mindestens drei Kinder bekommen. Schwangere Frauen sollen auch nicht aus dem Haus gehen. Zu viel Gleichberechtigung würde dem Zusammenhalt der Familie schaden und die Gewalt gegen Frauen hätte gar nicht zugenommen, das sei nur falsche Wahrnehmung.

Es sollen also nicht nur die Frauen selbst, sondern auch die Debatte um ihre Unterdrückung aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Mit dem neuen Gesetzespaket wurde auch das Strafmaß für Gewalt gegen Frauen gesenkt aber über die allgemeine Einführung der Todesstrafe wird beraten. Doch es regt sich langsam Widerstand. Nach Özgecans Tod sind in vielen Städten mehrere tausend Frauen auf die Straße gegangen, mit dem Slogan „Wir trauern nicht, wir rebellieren!“. Und genau das ist der richtige Ansatz. Natürlich ist diese Tat so unfassbar furchtbar, dass jedeR darüber traurig sein sollte, aber den vielen Frauen, die weiterhin unter dieser Gewalt leiden, ist damit nicht geholfen. Stattdessen muss es eine starke Frauenbewegung geben, die gegen ihre strukturelle Unterdrückung kämpft. In der Türkei, in der vor allem die Familie nach wie vor eine sehr wichtige Rolle spielt, ist politische Organisierung für Frauen schon die erste große Hürde, die sie versuchen müssen zu überwinden. In den Gewerkschaften beispielsweise ist der Anteil von Frauen sehr gering, viele Männer verstehen nicht, warum sie sich mit Frauen gemeinsam organisieren sollten, schon gar nicht, wenn diese mit ihnen vermeintlich um den Arbeitsplatz konkurrieren. Doch zu diesem reaktionären Verständnis, was sich hinter vermeintlicher „Tradition“ versteckt, die man nicht hinterfragen solle, muss eine Alternative her! Dazu ist es in erster Linie wichtig, dass sich Frauen untereinander treffen können, über ihre Unterdrückung sprechen und lernen, sich zu wehren. Özgecan hatte versucht, sich mit Pfefferspray zu wehren, dennoch war sie allein und hatte keine Chance. Gerade auf dem Land ist es wichtig, dass sich Frauen Selbstverteidigungsstrukturen schaffen.

Doch auf den Demonstrationen in den letzten Tagen wurde auch immer wieder betont, dass die Regierung ganz maßgeblich Schuld daran sei, dass die Gewalt gegen Frauen weiter zu nimmt, dass die Täter nicht verurteilt werden und dass es als Normalität erscheint, dass Frauen erniedrigt und unterdrückt werden. Es wurde bereits erwähnt, welche Rolle die Regierung den Frauen zuschreibt, nämlich die der Kinderbetreuerin und der Haushälterin, ohne jegliches gesellschaftliches Leben. Natürlich gilt es, sich politisch gegen diese Regierung zu organisieren und zu kämpfen, gemeinsam mit den fortschrittlichen Männern, die sich gegen Frauenunterdrückung stellen.

Ein Artikel von Svenja Spunck, REVOLUTION Berlin

Slutwalk – wir tragen, was wir wollen!

Es ist immer wieder ein Thema in öffentlichen Diskussionen – insbesondere unter konservativen Politikern – aber auch in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf der Straße hören wir es oft genug. Es geht um die Frage, wie sich (insbesondere) Frauen „zu kleiden haben“. So erklärte beispielsweise vor einem Jahr der Polizeibeamte Michael Sanguinetti während einer Veranstaltung zur präventiven Verbrechensbekämpfung den Studenten der York University in Toronto, dass sie sich besser nicht wie Schlampen anziehen sollten. Der Grund: sie könnten damit Vergewaltiger provozieren.

Als Reaktionen auf diese Aussage begannen vor etwas mehr als einem Jahr die sogenannten „Slutwalks“, insbesondere in Großbritannien und Nordamerika. Die oft jungen Frauen, wollten durch sexuell aufreizende Kleidung und körperliche Reize protestieren. Der Grund dieses außergewöhnlichen Protestes lag darin die Anschuldigung zurückzuweisen,

dass Frauen (aber Z.B. auch Homosexuelle und Transgender) an Misshandlung oder Vergewaltigung aufgrund ihrer Bekleidung selbst schuld seien. Nach dieser Logik wären dann auch Männer und Frauen, die sich nicht ihres vermeintlichen Geschlechts entsprechend männlich oder weiblich genug kleiden würden, selbst schuld, wenn sie Opfer von homophoben Gewalttaten würden.

Allein die Tatsache, dass Vergewaltigung in den meisten Fällen in Bekannten- und Verwandtenkreisen stattfinden, bisher keinerlei statistische Zusammenhänge zwischen Kleidung und Vergewaltigungen gefunden wurden und nur 2% aller Opfer ihren Täter vorher nicht kannten zeigt eines deutlich – Es ist nicht die Kleidung der Opfer, die „Fremde“ zur Vergewaltigung anstacheln würde. Vielmehr sind sie Ausdruck einer sexistischen und widersprüchlichen Gesellschaft, in der insbesondere Frauen oft genug als Objekte angesehen werden. Und das nicht nur von den Gewalttätern(_innen), sondern auch von Schlauköpfen, wie CDU/CSU-Politikern, Polizei“experten“ über andere bürgerliche Parteien aller Coleur.

Es sind nicht oft genug die Opfer, die von bürgerlichen Medien, Politikern und Behörden als die eigentlichen Schuldigen häuslicher Gewalt oder Vergewaltigungen ausgemacht werden.

Doch eigentlich geht es nicht darum, welche Kleidung zu Vergewaltigungen führen würde. Es geht darum, dass uns diese Politiker, selbsternannte Experten, Homophobe und Sexisten, das Recht nehmen wollen über unseren eigenen Körper und unsere Sexualität selbst bestimmen zu können. Wie oft wird insbesondere uns Jugendlichen dieses Recht abgestritten, ob in der Schule oder am Ausbildungsplatz. Es ist diese systematische Ausgrenzung, Diskriminierung und das bürgerliche Bild einer zweigeschlechtlichen und männerbestimmten Familie das viele Jugendliche in Magersucht,

Schönheitswahn oder Selbstmord treibt.

Insbesondere in Zeiten, wo in den Betrieben versucht wird die Belegschaften zu spalten – beispielsweise in Mann und Frau – sind solche sexistischen Angriffe, ob es nun um unsere Kleidung oder Debatten um die Rechte von Homosexuellen in der Ehe geht, ein Versuch uns von den eigentlichen Problemen, die uns vereinen abzulenken.

Wir sagen: Wir können tragen, was wir wollen!

- Gegen jede Form von gesellschaftlicher Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen und Transsexuellen!
- Für das Recht von sozial unterdrückten Minderheiten sich innerhalb der Arbeiterbewegung organisieren zu können!
- Für das Recht auf Selbstverteidigung gegen sexistische und homophobe Übergriffe, für selbst verwaltete Schutzräume Homosexueller, Transgender und Frauen, die beispielsweise von häuslicher Gewalt betroffen sind oder von ihren Familien verstoßen wurden!

Am 15. September rufen Aktivist_innen zu einem Slutwalk in Berlin auf. REVOLUTION unterstützt diese Initiative und ruft alle – egal welcher Herkunft oder welchen Geschlechts – dazu auf sich daran zu beteiligen!

Artikel von Rosa Reh, REVOLUTION Berlin